GLOBAL 06.04.2020 | Mariana Mazzucato

Herdenliquidität

Nach der Finanzkrise 2008 bekamen Unternehmen bedingungslose staatliche Unterstützung. Dieser Fehler darf sich nun nicht wiederholen.

Der Kapitalismus steht vor mindestens drei großen Krisen. Eine durch eine Pandemie verursachte Gesundheitskrise hat rasch eine Wirtschaftskrise mit noch unbekannten Folgen für die Finanzstabilität ausgelöst, und all dies spielt sich vor dem Hintergrund einer Klimakrise ab, die nicht durch „business as usual" bewältigt werden kann. Noch bis vor zwei Monaten waren die Nachrichtenmedien voller erschreckender Bilder von erschöpften Feuerwehrleuten, nicht von überforderten Pflegekräften.

Diese dreifache Krise hat gleich mehrere Probleme unseres aktuellen Kapitalismusmodells zutage gefördert. Alle drei müssen bewältigt werden, während wir die unmittelbare Gesundheitskrise angehen. Andernfalls werden wir einfach nur Probleme an einer Stelle lösen und gleichzeitig an anderer neue schaffen. Genau das ist mit der Finanzkrise von 2008 geschehen. Die Politiker überschwemmten die Welt mit Liquidität, ohne angemessene Investitionsmöglichkeiten aufzuzeigen. Infolgedessen landeten die Gelder wieder in einem Finanzsektor, der nicht für den Zweck geeignet war (und dies auch immer noch nicht ist).

Die Covid-19-Krise legt noch mehr Mängel in unseren Wirtschaftsstrukturen offen, nicht zuletzt die zunehmende Prekarität der Arbeit, die auf den Aufstieg der Gigawirtschaft und eine jahrzehntelange Verschlechterung der Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer zurückzuführen ist. Telearbeit ist für die meisten Arbeitnehmer einfach keine Option, und obwohl die Regierungen fest angestellten Arbeitnehmern eine gewisse Unterstützung gewähren, wird es den Selbständigen möglicherweise schlechter ergehen.

Schlimmer noch, die Regierungen vergeben jetzt Kredite an Unternehmen zu einer Zeit, in der die private Verschuldung bereits historisch hoch ist. In den Vereinigten Staaten belief sich die Gesamtverschuldung der Haushalte kurz vor der aktuellen Krise auf 14,15 Billionen Dollar, was nominal 1,5 Billionen Dollar mehr ist als

2008. Und wir sollten nicht vergessen, dass es die hohe private Verschuldung war, die die globale Finanzkrise verursacht hat.

Unternehmen, die Rettungspakete erhalten, sollten aufgefordert werden, Arbeitnehmer zu behalten und sicherzustellen, dass sie nach Überwindung der Krise in die Ausbildung der Arbeitnehmer und in bessere Arbeitsbedingungen investieren.

Leider haben viele Länder in den letzten zehn Jahren einen Sparkurs eingeschlagen, als ob die Staatsverschuldung das Problem wäre. Das Ergebnis war die Aushöhlung genau der öffentlichen Institutionen, die wir zur Überwindung von Krisen wie der Coronavirus-Pandemie brauchen. Seit 2015 hat das Vereinigte Königreich die öffentlichen Gesundheitsbudgets um eine Milliarde Pfund gekürzt, wodurch die Belastung der Ärzte in der Ausbildung (von denen viele den National Health Service ganz verlassen haben) gestiegen ist und die langfristigen Investitionen verringert wurden, die erforderlich sind, um sicherzustellen, dass die Patienten in sicheren, modernen und voll ausgestatteten Einrichtungen behandelt werden. Und in den USA – die nie über ein angemessen finanziertes öffentliches Gesundheitssystem verfügten – hat die Trump-Administration hartnäckig versucht, die Mittel und Kapazitäten für die Zentren für Krankheitskontrolle und -verhütung und andere wichtige Einrichtungen zu kürzen.

Zusätzlich zu diesen selbst zugefügten Wunden hat ein übermäßig „finanzialisierter" Unternehmenssektor Wert aus der Wirtschaft geschöpft, indem er die Aktionäre durch Aktienrückkaufprogramme belohnte, anstatt das langfristige Wachstum durch Investitionen in Forschung und Entwicklung, Löhne und Ausbildung der Arbeitnehmer zu unterstützen. Infolgedessen haben die Haushalte die finanziellen Polster erschöpft, was es schwieriger macht, sich grundlegende Güter wie Wohnung und Bildung zu leisten.

Die schlechte Nachricht ist, dass die Covid-19-Krise all diese Probleme noch verschärft. Die gute Nachricht ist, dass wir den gegenwärtigen Ausnahmezustand nutzen können, um mit dem Aufbau einer integrativeren und nachhaltigeren Wirtschaft zu beginnen. Es geht nicht darum, die staatliche Unterstützung zu verzögern oder zu blockieren, sondern sie richtig zu strukturieren. Wir müssen die Fehler der Ära nach 2008 vermeiden, als die Unternehmen nach der Krise durch Rettungsaktionen noch höhere Gewinne erzielen konnten, es aber nicht gelang, die Grundlage für eine robuste und integrative Erholung zu legen.

Diesmal müssen die Rettungsmaßnahmen unbedingt an Bedingungen geknüpft werden. Jetzt, wo der Staat wieder eine führende Rolle spielt, muss er als Held und nicht als naiver Sündenbock dargestellt werden. Das bedeutet, dass er sofortige Lösungen liefert, diese aber so gestalten muss, dass sie langfristig dem öffentlichen Interesse dienen.

Beispielsweise können Bedingungen für die staatliche Unterstützung von Unternehmen festgelegt werden. Unternehmen, die Rettungspakete erhalten, sollten aufgefordert werden, Arbeitnehmer zu behalten und sicherzustellen, dass sie nach Überwindung der Krise in die Ausbildung der Arbeitnehmer und in bessere Arbeitsbedingungen investieren. Besser noch, wie in Dänemark, sollte die Regierung die Unternehmen dabei unterstützen, auch dann weiter Löhne zu zahlen, wenn die Arbeitnehmer nicht arbeiten – und gleichzeitig den Haushalten helfen, ihr Einkommen zu behalten, die Ausbreitung des Virus zu verhindern und den Unternehmen die Wiederaufnahme der Produktion zu erleichtern, wenn die Krise vorbei ist.

Wenn es um die Haushalte geht, sollten die Regierungen über Kredite hinaus die Möglichkeit eines Schuldenerlasses prüfen, insbesondere angesichts der derzeit hohen privaten Verschuldung.

Darüber hinaus sollten die Rettungsaktionen so gestaltet sein, dass größere Unternehmen dazu gebracht werden, die Wertschöpfung zu belohnen, statt die Wertschöpfung zu extrahieren, Aktienrückkäufe zu verhindern und Investitionen in nachhaltiges Wachstum und einen reduzierten Kohlenstoff-Fußabdruck zu fördern. Nachdem der Business Roundtable im vergangenen Jahr erklärt hat, dass er sich ein Stakeholder-Value-Modell zueigen machen wird, ist dies die Chance für den Business Roundtable, seinen Worten Taten folgen zu lassen. Wenn das Amerika der Konzerne jetzt noch nicht so weit ist, sollten wir es zwingen, Farbe zu bekennen.

Wenn es um die Haushalte geht, sollten die Regierungen über Kredite hinaus die Möglichkeit eines Schuldenerlasses prüfen, insbesondere angesichts der derzeit hohen privaten Verschuldung. Zumindest sollten die Zahlungen an Gläubiger eingefroren werden, bis die unmittelbare Wirtschaftskrise überwunden ist, und direkte Finanzspritzen sollten für die Haushalte verwendet werden, die sie am dringendsten benötigen.

Und die USA sollten Regierungsgarantien für die Zahlung von 80-100 Prozent der Lohnkosten notleidender Unternehmen anbieten, wie es das Vereinigte Königreich und viele Länder der Europäischen Union und Asiens getan haben.

Es ist auch an der Zeit, öffentlich-private Partnerschaften neu zu überdenken. Allzu oft sind diese Vereinbarungen weniger symbiotisch als parasitär. Das Bemühen um die Entwicklung eines Covid-19-Impfstoffs könnte zu einer weiteren Einwegbeziehung werden, bei der die Unternehmen massive Gewinne erzielen, indem sie ein Produkt, das aus der vom Steuerzahler finanzierten Forschung hervorgegangen ist, an die Öffentlichkeit zurückverkaufen. Tatsächlich räumte der US-Gesundheitsminister Alex Azar vor kurzem trotz der erheblichen öffentlichen Investitionen der US-Steuerzahler in die Entwicklung von Impfstoffen ein, dass neu entwickelte Covid-19-Behandlungen oder Impfstoffe möglicherweise nicht für alle Amerikaner erschwinglich sein würden.

Wir brauchen dringend unternehmerische Staaten, die mehr in Innovationen investieren – von künstlicher Intelligenz über öffentliche Gesundheit bis hin zu erneuerbaren Energien. Aber diese Krise macht deutlich, dass wir auch Staaten brauchen, die wissen, wie man verhandelt, damit die Vorteile der öffentlichen Investitionen an die Öffentlichkeit zurückfließen.

Ein Killervirus hat große Schwächen innerhalb der westlichen kapitalistischen Volkswirtschaften aufgedeckt. Jetzt, da die Regierungen aufgerüttelt sind, haben wir die Gelegenheit, das System zu reparieren. Wenn wir das nicht tun, haben wir keine Chance gegen die dritte große Krise – einen zunehmend unbewohnbaren Planeten.

(c) Project Syndicate



Mariana Mazzucato
London

Mariana Mazzucato ist Professorin für *Economics of Innovation and Public Value* am *University College London*. Sie ist Gründerin und Direktorin des *Institute for Innovation and Public Purpose* (IIPP).